

Haushaltsrede 2009

Sitzung des Stadtrates am 9. Februar 2009

(Es gilt das gesprochene
Wort)

Anreden,

die heutige Beschlussfassung über den
Haushalt 2009 ist entscheidend von drei
Besonderheiten geprägt:

1. Wir beschließen den ersten
doppischen Haushalt in der
Geschichte der Stadt Ludwigshafen.
2. Die weltweite Finanzkrise ist zu einer
weltweiten Krise geworden, deren
Auswirkungen mittlerweile auch in
unserer Stadt zu spüren sind.

3. Die Haushaltslage der größeren Kommunen in Deutschland, wozu Ludwigshafen zählt, war noch nie so desolat.

Mit dem doppelten Haushalt betreten Verwaltung und Rat Neuland. Für die Verantwortlichen in der Verwaltung, insbesondere in der Kämmerei, war die Einführung der Doppik eine Herausforderung, ein wahrer Kraftakt. Allen, die an diesem Projekt mitgearbeitet und das neue System „auf die Spur gebracht haben“ bereits vorab herzlichen Dank und Anerkennung für diese Leistung, die ja zusätzlich zum Alltagsgeschäft hat erbracht werden müssen.

Zu den theoretischen Details der kommunalen Doppik wurde in der Vergangenheit, zuletzt bei der Einbringung des Haushaltes von Herrn

Zeiser, viel gesagt. Um die Systematik als solche zu begreifen, ist die Theorie sicherlich wichtig. Ebenso wichtig ist es jedoch, die Vorteile, die die Doppik uns bringen soll, in die Praxis umzusetzen. Mit Blick auf die diesjährigen Haushaltsberatungen ist dieser Transfer noch nicht optimal vollzogen. Mit anderen Worten: Auch der Rat muss sich umstellen, den Haushalt ressourcenorientiert beraten und entsprechend in letzter Konsequenz ressourcensteuernde Beschlüsse fassen. Dem Anspruch wurden die diesjährigen Beratungen noch nicht gerecht. Dies sicherlich auch, weil die Eröffnungsbilanz noch nicht vorlag.

Positiv ist festzuhalten: Der Einstieg in das doppelische Haushaltswesen ist vollzogen. Die Feinarbeit, insbesondere die Optimierung der Ratsarbeit steht noch

aus. Die CDU-Stadtratsfraktion will in der zweiten Jahreshälfte bevor die Eröffnungsbilanz vorgelegt wird im neu gewählten Stadtrat einen Arbeitskreis „Doppik“ bestehend aus Verwaltungsmitarbeitern und Ratsmitgliedern initiieren, der dem Erfahrungsaustausch und der weiteren Verbesserung des Umgangs mit der kommunalen Doppik dienen soll. Dabei müssen auch die Bewertungsgrundsätze, die für die Eröffnungsbilanz maßgebend sind, transparent und nachvollziehbar gemacht werden.

Die weltweite Krise hat mittlerweile weite Teile der Realwirtschaft mit allen Differenzierungen und Differenziertheiten erfasst. Die Analysen zur Ursache und zu den Verursachern der Krise sind vielfältig. Auch in der Bewertung des ganzen Geschehens ist man sich schnell einig.

Keiner jedoch wagt eine Prognose, wie lange die Krise andauern wird und wann der Aufschwung wieder einsetzt. Klar ist: In einer umfassend vernetzten Finanz- und Wirtschaftswelt sind die konkreten negativen Folgen auch für uns als Kommune vielfältig denkbar. Aber auch hier ist kaum eine verlässliche Voraussage zu treffen. Hier zu spekulieren wäre fatal und würde die Stimmung – vieles ist in diesem Zusammenhang auch Psychologie – noch weiter drücken.

Konkretisiert wurden die Folgen des weltweiten wirtschaftlichen Rückgangs in den zurückliegenden Wochen jedoch im Hinblick auf die zu erwartenden Gewerbesteuerereinnahmen. Aufgrund verlässlicher Informationen sah der Kämmerer sich gezwungen, den Ansatz hier um 30 Millionen € nach unten zu

korrigieren. Statt 150 Millionen €, die bei Einbringung dem Haushalt zugrunde gelegt waren, dürfen nach derzeitiger Einschätzung nur 120 Millionen Brutto an Gewerbesteuer erwartet werden. Der ursprüngliche Ansatz bewegte sich bereits auf niedrigem Niveau. Das Wegbrechen eines Fünftels und die Tatsache, dass die drastische Korrektur innerhalb weniger Wochen erfolgen musste, belegen die Dramatik der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Auf allen Ebenen von Politik und Wirtschaft, national wie international, wird versucht, der Krise mit Maßnahmen zu begegnen. Das Konjunkturpaket II, das uns unter TOP 1.8 der heutigen Sitzung beschäftigen wird, ist eine solche Maßnahme. Die Unternehmen in unserer Region und in unserer Stadt versuchen, falls wirtschaftlich notwendig, die Folgen

der Krise für die bei ihnen beschäftigten Menschen durch die Einführung von Kurzarbeit zu mildern. Die Unternehmensleitung und der Betriebsrat des größten Arbeitgebers in unserer Stadt sehen sich in der Lage, am Standort Ludwigshafen bis auf Weiteres noch auf die Einführung von Kurzarbeit verzichten zu können, die Auswirkung der Krise durch andere Maßnahmen abfangen zu können.

In dieser Situation stellt die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen heute allen Ernstes den Antrag, den Gewerbesteuerhebesatz von 360 auf 390 Punkte anzuheben!

Meine Damen und Herren,
dies passt zur wirtschaftlichen Situation in unserer Stadt und in unserer Region wie die Faust aufs Auge. Diesem Antrag kann

nur eine Mischung aus Ideologie und Ignoranz zugrunde liegen. Die Gründe, die in der Vergangenheit gegen einen Erhöhungsbeschluss sprachen, gelten nach wie vor. Aktuell aber wäre dieser Beschluss ein Schlag ins Gesicht derer, die sich bemühen, die Auswirkungen der Krise so gering wie möglich zu halten. Dieser Beschluss würde nicht nur mittelfristig den Wirtschaftsstandort schwächen, sondern unmittelbar die Beschäftigung in den Betrieben in unserer Stadt massiv gefährden. In der aktuellen akuten Situation müssen wir alles tun, um die Beschäftigung in den Unternehmen auf möglichst hohem Niveau zu halten. Auch wir, die politisch Verantwortlichen, müssen hierzu unseren Beitrag leisten. Alles andere wäre verantwortungslos. Dies sind wir den Menschen, die um ihre Zukunft bangen, einfach schuldig. Einer Gewerbesteuererhöhung und dem

Antrag der Grünen erteilen wir daher eine entschiedene Absage.

Unverändert desolat sind die finanziellen Rahmenbedingungen, innerhalb derer auch der Haushalt 2009 verortet ist. Nach wie vor gilt: Die Finanzausstattung – genauer: Das System der Finanzausstattung – der Kommunen in Rheinland-Pfalz stimmt nicht mehr. Es besteht eine Disparität zwischen der Finanzausstattung kleinerer Kommunen und Landkreise auf der einen und der kreisfreien Städte, den Oberzentren, auf der anderen Seite. Ein vor geraumer Zeit angestellter Vergleich mit der Finanzausstattung Mannheims hat gezeigt, dass unsere Stadt, würden baden-württembergische Kriterien zugrunde gelegt, finanziell wesentlich besser dastünde. Große Schlüssel zur Sanierung der kommunalen Finanzen

liegen in Mainz und Berlin. Leider sind Veränderungen und Reformen, die Positives für die Finanzsituation unsere Stadt früher oder später erwarten lassen, kaum in Sicht. So ist die Diskussion um die Verwaltungsreform von Stillstand geprägt. Der große Wurf wird diese Reform wohl kaum werden. Und dass eine Gebietsreform folgen wird, ist derzeit nicht einmal in Ansätzen erkennbar. Das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) wird vom Land und auch vom Bund nur halbherzig oder gar nicht praktiziert. Auch eine Reform der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen mit dem Ziel, die Wirtschaftsräume zu stärken, zeichnet sich nicht ab. Die verschiedenen Stufen der Förderalismus-reform der jüngeren Vergangenheit haben diese Thematik schlicht und einfach ausgespart.

Je mehr man sich mit den Details hier befasst und weitere Veränderungsnotwendigkeiten auflistet, umso mehr läuft man Gefahr, eine regelrechte von Aussichtslosigkeit geprägte Ohnmachtsdebatte zu führen. Damit aber können und wollen wir uns nicht zufrieden geben. Auch wenn bezüglich aller angemahnter Veränderung politisch dicke Bretter zu bohren sind, bleibt unsere zentrale Forderung: Wir brauchen in Rheinland-Pfalz eine quantitative Reform des kommunalen Finanzausgleiches. Die angestoßene Verwaltungs- sowie eine sich anschließende Gebietsreform und die finanz- und steuerpolitische Neuausrichtung zur Neuregelung des Stadt-Umlandverhältnisses sind damit einhergehend wichtige Schritte, die wir fordern. Keine dieser Veränderungen ist isoliert zu sehen. Sie sind eng miteinander

verwoben und miteinander verknüpft. Letztendlich geht es darum, auf der den Kommunen übergeordneten Ebenen von Bund und Land ein möglichst umfassendes Reformpaket zur Sanierung der kommunalen, insbesondere der großstädtischen Finanzen zu schnüren.

Mit Ohnmacht und Aussichtslosigkeit dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Schritt für Schritt müssen die notwendigen Veränderungen angegangen werden. Dafür, meine Damen und Herren, sollten wir nicht zuletzt in den eigenen Reihen ständig werben. Die heute hier verabschiedete Resolution ist einmal mehr ein eindringlicher Appell, der in diese Richtung weist. Die Abgeordneten der Parlamente in Land, Bund und Europa sind aufgefordert, sich der Problematik endlich entschieden anzunehmen und

eine durchgreifende Reform
herbeizuführen.

Schaut man sich die Struktur unseres Haushalts an, so stellt man fest: Die kameralistische Betrachtung zugrunde gelegt, entfallen 86 Prozent der Ausgaben auf sogenannte Pflichtaufgaben. Diese sind gesetzlich vorgeschrieben und unabdingbar. Sie stehen nicht zu unserer Disposition. Lediglich 14 Prozent der Ausgaben also entfallen auf die freiwilligen Leistungen. Freiwillige Leistungen entfallen im Wesentlichen auf die Bereiche der Förderung des Ehrenamtes, der Kultur, der Jugendhilfe, der Sozialverbände und freien Träger sowie des Sports. Wir sprechen also zum einen über entsprechende Einrichtungen wie Sportanlagen, Museen und Theater. Zum anderen sprechen wir aber auch über das Engagement vieler Menschen in

den unterschiedlichsten Vereinen, Verbänden und Einrichtungen. Hier werden von Menschen für Menschen Angebote gemacht und gelebt, die für die Lebensadern einer attraktiven Stadt unverzichtbar sind. Die CDU will, dass diese Lebensadern auch in Zukunft in unserer Stadt pulsieren.

Es gab in den zurückliegenden Jahren mehrere Sparrunden, in denen auch im freiwilligen Bereich gekürzt wurde. Noch weitere Kürzungen würde diese unverzichtbaren Lebensadern gefährden, möglicherweise sogar kappen. Dies wollen wir nicht. Deswegen waren weitere Einschnitte in diesem Bereich politisch mit uns nicht zu machen. Die Zuschüsse für all diese Verbände, Einrichtungen und Institutionen bleiben im Vergleich zu den Vorjahren unverändert. Die hier Engagierten sollen Planungssicherheit

haben und wissen: Ihr Einsatz wird auch in finanziell schwierigen Zeiten von uns anerkannt und gefördert.

Einmal mehr nutze ich die Gelegenheit, für die CDU ein klares Bekenntnis zur Sanierung des Pfalzbaus abzulegen. Diese Maßnahme ist absolut notwendig und richtig. Unsere Stadt braucht eine derartige Einrichtung. Der Pfalzbau ist in seiner Multifunktionalität für Großveranstaltungen, Kongresse, Konzerte und Theater in der Region einmalig. Gerade in diesen Wochen, in denen der Pfalzbau als Veranstaltungsstätte nicht zur Verfügung steht, wird deutlich, wie sehr unsere Stadt ein solches Haus braucht. Die Sanierung der Sicherheitstechnik, des Brandschutzes, der sonstigen Technik und die Modernisierung des Raumkonzeptes sind absolut richtig. Mit der Zusammenarbeit

von m:con und LUKOM sind die Weichen richtig gestellt, den Pfalzbau als attraktives Veranstaltungs-zentrum in der Metropolregion wettbewerbsfähig zu positionieren. Der sanierte Pfalzbau wird dazu beitragen, dass für das gesellschaftliche und kulturelle Zusammenleben auch in Zukunft in unserer Stadt die Lebensadern pulsieren.

Die größten Ausgabepositionen machen auch in 2009 auf Aufwendungen für die soziale Sicherung, für Kinder, für Jugend und für Familie, Schule und Bildung aus.

Für die Grundsicherung und Sozialhilfen werden fast 95 Millionen € bereitgestellt. Die Summe bewegt sich in etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Wir kommen damit auch in 2009 unserer sozialen Verpflichtung nach, denen zu helfen, die – aus welchen Gründen auch immer –

sich nicht selbst helfen können. Wer in Not geraten ist, darf nach wie vor mit der Unterstützung der Allgemeinheit rechnen. So sehen es zu Recht das Sozialstaatsprinzip und unser Verständnis von sozialem Miteinander vor.

Angesichts der Ungewissheit, wie sich die Beschäftigung und die Wirtschaft in unserer Stadt und in der Region im Laufe des Jahres entwickeln, werden wir aufmerksam beobachten, wie die Fallzahlen sich entwickeln und gegebenenfalls den Ansatz im Rahmen eines Nachtagshaushaltes korrigieren.

Meine Damen und Herren,

Kinder, Familie, Schule, Bildung – diese vier Begriffe umreißen ein Megathema für die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft und auch in unserer Stadt.

Die Lebensentwürfe junger Familien und junger Menschen, die eine Familie gründen wollen, sind in den zurückliegenden Jahren vielfältiger und facettenreicher geworden. Die Vorstellungen, wie man mit Kindern und als Familie leben will, sind stark unterschiedlich.

Wir alle haben positiv zur Kenntnis genommen, dass die Einwohnerzahl Ludwigshafens entgegen dem Trend um uns herum in jüngerer Vergangenheit gewachsen ist. Um diese Entwicklung in Zukunft fortzusetzen, wird es auch entscheidend darauf ankommen, welche Angebote für Familien und Kinder, welche Kinderbetreuungsangebote und -formen, welche Schul- und Bildungsangebote wir in unserer Stadt vorhalten.

Auch deswegen wird das Programm zum Ausbau der Kindertagesstätten in unserer Stadt in 2009 und in den Folgejahren konsequent fortgesetzt. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund der Rechtslage in Rheinland-Pfalz, wonach ab 2010 der Kindergartenbesuch beitragsfrei ist und zweijährige Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz haben. Bis 2013 werden wir das Angebot von zuletzt 5.650 auf 6.850 Plätze ausbauen. Dies sind 1.200 neue Kindertagesstättenplätze.

In den städtischen Kindertagesstätten sind in den nächsten zwei Jahren Investitionen von 14,3 Millionen € und die Einstellung von 80 zusätzlichen Erzieherinnen geplant. Wir setzen damit nicht nur den gesetzlichen Auftrag um. Wir schaffen damit zugleich bessere Voraussetzungen für die von vielen jungen Menschen

gewünschte und angestrebte bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Projekte wie „guter Start ins Kinderleben“ und frühe Bildungs- und Sprachförderung im Rahmen zum Beispiel des Programms „Sprache macht stark“ runden unser Angebot ab, gerade auch im Hinblick auf die frühe Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Wir schaffen ein breit gefächertes, kontinuierliches Angebot und sichern den Kindern in unserer Stadt gute Startchancen von Anfang an.

Unverändert setzen wir gerade im Bereich der Kinderbetreuung auf die Kooperation mit den freien Trägern. Subsidiarität ist eine tragende Säule im Gefüge einer funktionierenden Stadtgesellschaft. Der CDU ist sehr daran gelegen, das derzeit vorhandene Gefüge der Träger und die

Trägervielfalt in Ludwigshafen zu erhalten und zu sichern. Dies wird uns gelingen, wenn alle Beteiligten bereit sind, insoweit ihren Beitrag zu leisten. Für Investitionen stellen wir für die katholische Kirche 2009 ca. 1 Million €, für die protestantische Kirche ca. 990.000,-- € an Zuschüssen bereit.

Unverändert hoch ist der Stellenwert von Schule und Bildung. Dies findet auch im Haushalt 2009 seinen Niederschlag.

Der Abbau des Sanierungsstaus bei den Schulen war und bleibt Daueraufgabe. Die insoweit zugrunde liegende Prioritätenliste wird konsequent abgearbeitet.

Es ist vorgesehen, bis 2017 pro Jahr zwischen 13 und 15 Millionen € in die Schulen zu investieren. In den Jahren 2005

bis einschließlich 2008 wurden insgesamt 41,4 Millionen € für die Sanierung unserer Schulen ausgegeben.

Die in 2008 begonnenen Sanierungen verschiedener Berufsschulen in einem Gesamtvolumen von 4,5 Millionen € werden ins 2009 fortgesetzt und zu Ende gebracht.

Der Umbau des Gastronomiebereichs in der Berufsbildenden Schule Technik II erfolgt in diesem Jahr. Kleinere aber wichtige Maßnahmen sind die Sanierungen von Toilettenanlagen an verschiedenen Schulen, darunter auch die Schillerschule in Oggersheim.

Die Sanierung der Erich-Kästner-Grundschule und den möglichen Neubau der Georgens-Schule hoffen wir über das

Konjunkturprogramm II vorziehen und finanzieren zu können.

Neben diesen Investitionen bleiben die Ansätze für Beschaffung beweglichen Vermögens, PC-Ersatzbeschaffungen, für Fachsammlungen, Schülerbeförderung- und –verpflegung sowie Hausaufgabenbetreuung unverändert.

Beschäftigen wird uns in den nächsten Jahren auch die Umsetzung der Realschule Plus. Diese Aufgabe ergibt sich aufgrund der vom Land beschlossenen Schulreform. Welche Veränderungen der Schullandschaft auch in unserer Stadt die Realschule Plus mit sich bringt, bleibt abzuwarten.

Bei den Gesamtschulen haben sich in den zurückliegenden Jahren immer deutlich mehr als doppelt so viele interessierte

Mädchen und Jungen angemeldet als von den beiden Einrichtungen aufgenommen werden konnten.

Aufgrund des veränderten Schullaufbahnverhaltens hat sich dieser Trend in jüngerer Vergangenheit sogar noch verstärkt. Der Bedarf einer dritten integrierten Gesamtschule in Ludwigshafen lag von daher gesehen auf der Hand. Die CDU befürwortet die dritte integrierte Gesamtschule und die mit der ADD abgestimmte Planung, diese am Schulzentrum Edigheim zu etablieren.

Mit unseren schulpolitischen Planungen greifen wir die Wünsche und Interessen der Eltern und Kinder auf. Ein breit gefächertes und den individuellen Bedürfnissen angemessenes Bildungsangebot kommt den jungen Menschen entgegen und steigert die Attraktivität des Schulstandortes

Ludwigshafen. Mit der heute zu fassenden Grundsatzentscheidung für eine dritte integrierte Gesamtschule in Edigheim geht notwendigerweise einher, die für die erforderlichen Um- und Anbauten notwendigen Mittel in den nächsten Jahren vorzuhalten. Auch hierzu sind wir bereit.

Ein ausgewogenes und bedarfsorientiertes schulisches Angebot mit entsprechend familienfreundlichen Betreuungsmöglichkeiten – das wollen wir. Deswegen wird hier der in den zurückliegenden Jahren begonnene Ausbau konsequent fortgesetzt. Den Kindern in unserer Stadt von Anfang an gute Chancen zu bieten, dafür steht die CDU. Investitionen in Familie und Bildung haben für uns viel mit Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung, aber vor allem auch

mit sozialer Verantwortung zu tun, meine Damen und Herren.

Unsere Position war und ist: Die Politik schafft selbst keine Arbeitsplätze. Sie schafft lediglich die Rahmenbedingungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Ansiedlungserfolge von ECE und Vögele zeigen: Die Rahmenbedingungen für Investitionen in den Wirtschaftsstandort stimmen in unserer Stadt. Eine leistungsstarke, zielorientiert und effizient arbeitende Verwaltung sowie eine verantwortungsbewusste vorausschauende Mehrheit im Rat sind unter anderem hierfür Erfolgsfaktoren.

Auch mit Blick auf die weitere Stadtentwicklung greifen die installierten Anreizmechanismen. Der Stadtumbau ist in vollem Gange. Auch hier setzen wir mit

den öffentlichen Investitionen lediglich den Rahmen für weitere Privatinvests. Und wenn derzeit der Umbau von mindestens 25 Objekten in der Innenstadt in Vorbereitung ist – darunter das Waldkirch-Haus und das ehemalige Salamanderhaus – dann zeigt dies: Es bewegt sich viel in der Innenstadt und unser Konzept zum Stadtumbau greift.

Neben der Innenstadt wissen wir auch um die Notwendigkeit attraktiver Stadtteile für eine lebendige Stadt. Die Lebensqualität mit all ihren Facetten, die hier geboten wird, ist ausschlaggebend für das Urteil der Menschen, ob sie ihren Stadtteil, ihre Stadt als Heimat empfinden, sich hier wohl fühlen, sich mit ihr identifizieren und auch, ob sie sich entscheiden, in unsere Stadt zu kommen, sich hier niederzulassen, eine Wohnung zu beziehen oder ein Eigenheim zu bauen.

Eine der Grundlagen für die Entwicklung der Stadtteile sind die von den Ortsbeiräten beschlossenen Straßenausbauprogramme. Diese werden auch 2009 weiter umgesetzt – und dies bei unveränderten Ausbau-beiträgen.

Bei den kommunalen Abgaben halten wir Kurs. Wir sorgen für Stabilität und Kontinuität. Beitrags- und Gebührensätze bleiben auch 2009 in ihrer Höhe nahezu durchgehend unverändert. Wo möglich, senken wir die Gebühren – siehe Oberflächenwasser und Müllgebühren. Diese Absenkungen sind sicherlich nicht die große finanzielle Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger. Aber es ist ein psychologisches Signal, das Vertrauen und Zuversicht schafft in einem ansonsten sehr bewegten, ungewissen und unruhigen Umfeld.

Einen unschätzbaren Beitrag dazu, dass die Lebensadern in unserer Stadt pulsieren, leistet der „Konzern Stadt“, ich meine damit die städtischen Tochtergesellschaften.

Mit dem Klinikum halten wir ein Hochleistungs Krankenhaus der Vollversorgung vor, das sich in jüngerer Vergangenheit in jeder Hinsicht hervorragend entwickelt hat. Die positiven Schlagzeilen vor wenigen Tagen haben sicherlich noch alle vor Augen. Sie belegen dies nachdrücklich.

Die GAG ist zu einem unverzichtbaren Instrument und zu einem Impulsgeber für die Stadtentwicklung geworden – Stichworte: LuTeco-Häuser, Parkinsel und Rheinufer Süd. Und sie kommt nach wie vor mit ca. 14.000 Wohnungen im Bestand

ihrer Aufgabe nach, die Menschen in unserer Stadt mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen.

Die TWL ist unser leistungsstarker Energieversorger und im Kern wirtschaftlich gesund. Ich bin sicher, dass die Herausforderungen, die ein sich schnell verändernder Markt mit sich bringt, gestemmt werden können. An der Unternehmensspitze wurden personell die Weichen noch zum Jahresende gestellt. Die Mitarbeiter sind leistungsfähig, leistungsbereit und motiviert. Auch dies stimmt mich zuversichtlich. Hinzu kommt, dass das absolut nicht mehr zeitgemäße Gemeindegewirtschaftsrecht in Kürze geändert wird. Die lokalen und inhaltlichen Beschränkungen für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden wird aufgehoben. Die TWL kann dann, wie andere in der Region

auch, außerhalb der Stadt und auf neuen Geschäftsfeldern erfolgreich tätig werden.

Die Sparkasse ist als unser kommunales Kreditinstitut gut aufgestellt. Schon jetzt ist klar: Das Dreisäulen-Modell in Deutschland (Privatbanken, Genossenschaftsbanken, Sparkassen) wird sich in der Krise bewähren. Die Säule der Sparkassenorganisation wird ein Eckpfeiler in all den Finanzkrisenturbulenzen sein.

Mit WEG und LUKOM haben wir leistungsfähige und schlagkräftige Organisationen. Die eine bringt den Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort Ludwigshafen voran, die andere besorgt für unsere Stadt das Veranstaltungs-, Event- und Stadtmarketing und verortet unsere Stadt damit positiv in der Region.

Der Haushalt 2009 bewegt sich innerhalb des Rahmens, den die beiden großen Fraktionen politisch abgesteckt haben. Er setzt konsequent die in der Vergangenheit begonnene Linie fort.

Eine Erhöhung der vorgesehenen Ausgaben war von vornherein ausgeschlossen, auch wenn damit viele Wünsche unerfüllt bleiben – dessen bin ich mir bewusst. Ausdrücklich danke ich an dieser Stelle den Ortsbeiräten für ihre Disziplin und Zurückhaltung. Sie haben verständlicherweise ihre Wünsche und sich kritisch zu deren Nichtberücksichtigung geäußert. Aber sie haben die Haushaltsansätze letztendlich akzeptiert.

Die Haushaltskonsolidierung bleibt weiter im Fokus und ist Daueraufgabe. Der

begonnene Benchmarkprozess muss mit den doppelstrukturellen Strukturen und Betrachtungen verknüpft werden. Wir wollen nach wie vor solide Kommunal Finanzen in unserer Stadt. Auf lange Sicht wird dieses Ziel jedoch nur mit einem umfassenden Reformpaket zur Rettung der großen Kommunen in Deutschland zu erreichen sein.

Haushaltskonsolidierung kann nicht gleichbedeutend sein mit der Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung – einem Prinzip mit Verfassungsrang! Der Haushalt 2009 hält die Balance zwischen der Erfüllung der notwendigen Aufgaben auf der einen und der Sicherung der unverzichtbaren pulsierenden Lebensadern in unserer Stadt auf der anderen Seite. Die CDU stimmt dem Haushalt 2009 in der heute vorgelegten Form zu.

Abschließend danke ich allen, die an der Erstellung des Haushalts mitgewirkt haben, dem Stadtvorstand, insbesondere dem Kämmerer, Wilhelm Zeiser. Herr Zeiser, geben Sie bitte meinen Dank allen Ihren Mitarbeitern weiter.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!